



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/119 - 1. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81881 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Auf dem Wege zu einem schauerlichen Provisorium Bericht aus Genf	43
2	Dem Status quo verschworen Zum Kongreß der europäischen Christdemokraten	49
3	150 Jahre schwedisches Grundgesetz Das älteste Verfassungsgesetz in Europa	37
4 - 5	Was geschieht gegen die Verunreinigung der Luft? Von Karl Wittrock, MdB	48
6 - 7	Manipulierte öffentliche Meinung Blick auf die Propagandaquellen der Bundesregierung	92

* * *
* *

Auf dem Weg zu einem schauerlichen Provisorium

G.M., Genf

Als ob man nie davon gesprochen hätte, daß die Berlin-Frage nicht isoliert auf dem Genfer Verhandlungstisch bleiben dürfte, tut man jetzt im Augenblick der Vorbereitungen auf das Abschluskkommunique in den westlichen Delegationen so, als sei es schon "ein großer Erfolg", wenn die Russen nicht auf ihrer ursprünglichen Forderung beharren, Berlin von der Bundesrepublik zu isolieren und dem Druck der DDR auszusetzen. Die Vorstellung, der Westen könne "seine" Berlin-Lösung durchsetzen, er könne das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und das der militärischen Entspannung oder eines europäischen Sicherheitssystems gewissermaßen als Unterbau für eine Berlin-Lösung am Genfer Verhandlungstisch anbieten, ist wie eine Illusion zerstoßen. Nur noch ganz schüchtern wagt man in den westlichen Delegationen vor dem Beschluß der letzten Dezember-Tagung des Atlantikrates in Paris zu sprechen, in dem der ganze Fragenkomplex der Spannung in Europa als Einheit dargestellt worden war.

Jetzt, zu Beginn der vierten Verhandlungswoche, wird von einer "Berlin-Lösung" gesprochen, die zwar formell das ursprüngliche Moskauer Ultimatum aus dem Wege schafft, aber nicht einmal als Status quo in dem Sinne bezeichnet werden kann, daß irgendjemand im Westen die Garantie geben könnte, wie lange es dauert.

Diese Berlin-Lösung soll - in großen Zügen - folgenden Inhalt haben:

1. Der Westen verpflichtet sich, Beamte der DDR als Beauftragte (Agenten) der Sowjetregierung bei der Ausübung der Kontrolle aller Zugangswege nach West-Berlin anzuerkennen.
2. Der Westen erklärt sich damit einverstanden, daß die militärischen Einheiten der Westmächte in Berlin ihre Stärke verringern.
3. Der Westen ist bereit, gewisse nach Osten hin wirkende Propaganda-Institutionen (Rias?) in ihrer Aktivität etwas einzuschränken.
4. Der Osten stimmt Veränderungen (Verbesserungen?) der Modalitäten für die Zugänge nach West-Berlin und deren Kontrolle zu.
5. Der Osten fordert die "symbolische" Beteiligung sowjetischer Truppen an der Besetzung West-Berlins.

Wenn dieser Kompromiß als Resultat der mehrwöchigen Genfer Verhandlungen herauskommen sollte, ist er ein schauerliches Provisorium, dessen Dauer jederzeit von den Russen begrenzt werden kann. Es enthält auch so viele Manipulationsmöglichkeiten, die von dem seitens der Westmächte früher immer in den Vordergrund gestellten Rechtsstandpunkt hinwegführen können, daß Berlin nach wie vor in einer Zwangslage bleibt.

Dem Status quo verschworen

- Viele schöne Worte wurden auf dem Freiburger Jahreskongress der "Nouvelles Equipes Internationales" (NEI), wie die Internationale Union der christlichen Demokraten offiziell heisst, gesprochen. Sogar Delegierte aus Südamerika waren erschienen. Die "NEI" ist eine lose Vereinigung christlich-demokratischer Parteien mit überwiegender katholischer Prägung. Aber was ist christliche Demokratie? Was soll man sich darunter vorstellen? Der Kongress stand unter dem Motto einer engeren Zusammenarbeit innerhalb der christlich-demokratischen Parteien und der Förderung des europäischen Einigungsgedankens. Nach der Darstellung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Meyer, einem der Hauptredner dieser Tagung, ist es den christlich-demokratischen Politikern Europas nach dem Kriege "erstaunlich schnell" und "erstaunlich gut" gelungen, ihre Staaten zum Bollwerk gegen den östlichen Imperialismus zu machen. Ihr zweites grosses Verdienst sei die nach seinen Worten fortschreitende Einigung Europas, die mit den Namen de Gasperi, Schuman und Adenauer verknüpft sei.

Beide Behauptungen enthalten historische Unrichtigkeiten; sie geben das politische Spiegelbild Europas nicht wieder. Gerade dort, wo die christlichen Demokraten stark sind - die Bundesrepublik ist ein Ausnahmefall - sind auch die Kommunisten stark, hat sich das christlich-demokratische Gedankengut als nicht genügend wirksam erwiesen, totalitären Anfechtungen zu widerstehen, um die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mit Erfolg zu führen. In Frankreich und Italien hält sich der kommunistische Stimmenanteil mehr oder weniger konstant. In Ländern dagegen, wie etwa Grossbritannien und Skandinavien, mit einer starken Sozialdemokratie, sind die Kommunisten zur Rolle einer hoffnungslosen Minderheit verurteilt, es gelang ihnen nicht, Fuss bei den arbeitenden Menschen dieser Länder zu fassen. Es ist auch kein Zufall, dass dieser Teil Europas auch die beste Sozialgesetzgebung aufzuweisen hat, und die sozialen Gegensätze hier nicht jene bittere Schärfe haben, wie etwa in Italien. Der demokratische Sozialismus hat sich als ein grosser, ausgleichender Faktor erwiesen, gegen den die Kommunisten nicht aufkommen können. Und in der Bundesrepublik? Wo stünden wir heute, hätte es nicht in der Zeit nach 1945 die Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher gegeben, die der kommunistischen Bedrohung effektiven Widerstand leistete und die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter im freien Teil Deutschlands wieder in die Gemeinschaft der Nation zurückführte?

Der zweite Anspruch der europäischen christlichen Demokraten, die Vereinigung Europas anzustreben und sie teilweise schon verwirklicht zu haben, nimmt sich gerade in einer Zeit recht merkwürdig aus, da das nichtkommunistische Europa von einer neuen wirtschaftlichen Spaltung bedroht wird. Auf dem Kongress in Freiburg fiel kein Wort über die Notwendigkeit einer militärischen Entspannung, kein Wort darüber, wie man einer sich gefährlich zuspitzenden Lage effektiv begegnen kann, kein Wort darüber, wie man eine deutsche Wiedervereinigung erreichen kann, wenn als Grundlage für die christlich-demokratische Politik die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO unantastbar bleibt.

Dieser Kongress hatte keine zukunftsweisende Bedeutung, es war eine Versammlung von Politikern, die sich mehr oder weniger dem Status quo verschworen haben.

150 Jahre schwedisches Grundgesetz

R.H., Stockholm

Mit einer Jubiläumsfeier im Reichssaale des Stockholmer Königsschlusses, an der 550 Repräsentanten des schwedischen Volkes und 19 Vertreter der skandinavischen Brudervölker teilnehmen, mit dem König, der Regierung, den Reichstagsmitgliedern, staatlichen und kirchlichen Funktionären unter anderem, mit einem Grundgesetztag in allen Schulen des Landes und mit einer Reihe anderer grosser Veranstaltungen, ehrt das schwedische Volk die 150-jährige Bewährung des ersten seiner vier Grundgesetze. Dieses am 6. Juni 1809 beschlossene Gesetz bestimmte die Regierungsform des Landes und ist das älteste aller noch gültigen schriftlichen Verfassungsgesetze Europas. 1866 trat als zweites Grundgesetz die Reichstagsordnung hinzu, welche an die Stelle des ständischen Reichstages das mit einigen Änderungen noch heute bestehende Zweikammer-System einführt. Später folgten das Druckfreiheitsgesetz und die Thronfolge-Ordnung.

Seit 1809 hat sich natürlich das Schwergewicht vom Königshause auf das Parlament verlagert und die moderne Staatsverfassung von heute mit dem allgemeinen freien und geheimen Wahlrechte musste zum Teile in harträckigen politischen Kämpfen erzwungen werden, bei denen die Sozialdemokraten die treibende Kraft waren. Gegenwärtig untersucht übrigens ein von der Regierung eingesetzter Ausschuss die Möglichkeiten einer Modernisierung der Verfassungsgesetze.

Es gibt in manchen Diktaturstaaten Verfassungen, deren Wortlaut es ohne weiteres mit dem schwedischen Grundgesetz aufnehmen könnte. Auf den Wortlaut allein kommt es aber nicht an. Dass in Schweden heute eine sehr gut funktionierende Demokratie besteht, in der zum Beispiel auch Oppositionswürsche in den Mehrheitsbeschlüssen Beachtung finden, eine Demokratie, die auf alle Lebensäusserungen ausstrahlt und gerade dadurch eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Ansehen der Schweden im internationalen Leben ist, beruht jedoch nicht nur auf diesen Grundgesetzen, sondern auf einer freiheitlichen Tradition, die bis in die Frühzeit der schwedischen Geschichte zurückreicht und die auch den Grundgesetzen ihren freiheitlich-demokratischen Charakter verliehen hat.

Will man dem schwedischen Volke zu seinem Verfassungsjubiläum gratulieren, so mögen die Wünsche weniger dem Buchstaben der Gesetze, als vielmehr dem Geiste gelten, mit dem sie die Toleranz und den Freiheitswillen des Volkes erfüllt haben.

Was geschieht gegen die Verunreinigung der Luft?

Von Karl Wirtrock, MdB.

Es gibt einen Leidensweg besonderer Art in der Bundesrepublik. Es ist der Leidensweg der Haltung der Bundesregierung zu den Massnahmen gegen die Verunreinigung der Luft. Am 4. Juli 1956 hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion dem Parlament einen Antrag vorgelegt, durch welchen die Bundesregierung zu einer Stellungnahme zu dem Problem der Verunreinigung der Luft ersucht worden war. Auf Grund dieses Antrages fasste der Bundestag am 11. Januar 1957 einen Beschluss, durch den die Bundesregierung zu entsprechenden Massnahmen aufgefordert wurde. In Ausführung dieses Beschlusses legte die Bundesregierung am 31. Juli 1957 dem Bundestag mit Drucksache 3757 einen ausführlichen Bericht vor. Soweit sich dieser Bericht mit der gegenwärtigen Situation befasst, ist er eine fast wörtliche Abschrift einer Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum gleichen Problembereich. Der Bericht ist also insoweit nichts anderes, als das, was man ansonsten schlicht als Plagiat bezeichnet.

Immerhin kommt der Bericht der Bundesregierung zu einigen konkreten Vorschlägen, die in einer Änderung bestehender gesetzlicher Bestimmungen ihren Niederschlag finden sollten. Wörtlich wird in dem Bericht folgendes ausgeführt:

"Indessen ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Verunreinigung der Luft an zahlreichen Stellen des Bundesgebietes einen Grad erreicht hat, der unzumutbar ist und durch besondere gesetzliche Massnahmen bekämpft werden muss. Diese Massnahmen sollten in kürzester Frist zur Wirkung kommen. Hierfür bietet sich nach Ansicht der Bundesregierung die Anpassung der geltenden Gesetze an die veränderten technischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse an. Sie schlägt vor (nach einer Reihe anderer Vorschläge):

Die Duldungspflicht aus § 906 BGB dahingehend einzuschränken, dass der Eigentümer nur die Einwirkungen von einem anderen Grundstück hinnehmen muss, die auch bei Anwendung der nach dem Stand der Technik vertretbaren Abhilfemassnahmen unvermeidbar sind."

Heute halten es die Vertreter der Bundesregierung, welche mit der Regierung des Jahres 1957 zwar nicht rechtlich, aber doch politisch und weitestgehend personell identisch ist, für angemessen, einer

sofortigen Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Sinne auch der Anregungen der Bundesregierung im Jahre 1957 Widerstand entgegenzusetzen. Zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 1957 hielt es die Bundesregierung für richtig, der interessierten Öffentlichkeit eine Neuregelung "in kürzester Frist" in Aussicht zu stellen. Heute verträsten die Vertreter der Bundesregierung auf einen Zeitpunkt, der nicht vor Anfang 1962 liegen kann.

Es ist das Verdienst des Rechtsausschusses des Bundestages, dass er dieser Haltung der Bundesregierung entgegengetreten ist. Unter massgeblicher Mitwirkung der sozialdemokratischen Abgeordneten wird das Parlament in naher Zukunft eine Entscheidung treffen, welche den Interessen und den Anliegen der gegen die zunehmende Verunreinigung der Luft Schutz suchenden Öffentlichkeit entspricht.

+ + +

Merkwürdige Europäer

H.St. "Humor ist, wenn man trotzdem lacht", sagt eine Redewendung, die den Kern trifft, auch wenn sie sicher nicht im Büchmann enthalten ist. Wohl dem, der über das lacheln kann, was sich tagtäglich an den Grenzen der Bundesrepublik an Grotteskenabspielt. Auch das letzte Schmunzeln wird vergehen, wenn wahr wird, was ein neuer Erlass vorsieht, der im Bundesernährungsministerium fertiggestellt wurde und nun seinen Weg durch die Instanzen beginnt. Kürzlich soll nur noch ein halbes Pfund Butter im kleinen Grenzverkehr über die Grenzen gebracht werden dürfen. Bisher war es ein Kilo, bis vor zwei Jahren noch zweiundeinhalb. Und das, während gleichzeitig für Güter der Montanindustrie in anderen Größenordnungen die Freizügigkeit Schritt um Schritt angestrebt wird. Warum? Weil die Landwirtschaft meint, die so eingeführten Buttermengen seien nur so schwer zu "kontrollieren", dass der Buttermarkt "beunruhigt" würde. Dass sich durch die angekündigten Massnahmen auch der simple Bundesbürger, soweit er mit einem normalen politischen Verstand ausgestattet ist, beunruhigt fühlen könnte, ist den Verantwortlichen im Ernährungsministerium sicher nicht einmal im Traum eingefallen. Es hätte uns den Erlass erspart. Abgesehen davon, dass hier in einer aussenpolitisch gefährlichen Situation neue Schwierigkeiten mit den nachbarlichen Partnerstaaten im Norden und Westen provoziert werden und Ernards Versprechen zu Jedermann-Einführen als Preiskorrektiv ein neuer Schlag versetzt wird, gibt es sicher Dinge in dieser Bundesregierung, die dringender zu kontrollieren wären. Das Bekenntnis zu Europa hört eben dort auf, wo es mit dem Gewinninteresse kollidiert

+ + +

Manipulierte öffentliche Meinung

D.B. - Vor kurzem rief die Nachricht, daß dem Bundeswohnungsbauministerium trotz der noch ungelöststen Wohnungsnot 850.000 DM für Propaganda-Aufgaben im laufenden Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt werden sollten, in der Öffentlichkeit erhebliche Erregung und Empörung hervor. Doch diese zweckfremde und sinnlose Verwendung öffentlicher Mittel für Propaganda-Maßnahmen der Bundesregierung ist durchaus kein Einzelfall. Es handelt sich vielmehr um einen besonders groben Mißgriff in einer mehrjährigen bedauerlichen Entwicklung, in deren Verlauf mehr und mehr öffentliche Mittel in fast allen Bundesministerien eingesetzt wurden, um die öffentliche Meinung im Sinne der Bundesregierung zu manipulieren.

"Aufklärung über die Privatisierung des Bundesvermögens", "Herstellung, Ankauf, Verbreitung von Informationsmaterial", "Allgemeine Aufklärung", das sind so einige Stichworte, unter denen diese Propaganda-Millionen im Bundeshaushalt ausgebracht werden. In den letzten drei Jahren sind alle diese Titel ununterbrochen gestiegen oder überhaupt erst neu eingestellt worden. Im Wohnungsbauministerium betragen die Propaganda-Mittel 1956 nur 38.000 DM, in diesem Jahr sollen es 850.000 DM - also weit mehr als das Zwanzigfache - werden. In keinem Bundesministerium findet sich auch nur der Versuch, diese Mittel wieder abzubauen.

Das ist aber nur die eine, ganz offenersichtliche Seite der Bestrebungen der Bundesregierung, mit Hilfe von Steuermitteln die öffentliche Meinung zu manipulieren. Auf der anderen Seite finden sich immer mehr versteckte Sachtitel im Bundeshaushalt, die auch keinem anderen Zweck als der Beeinflussung der öffentlichen Meinung dienen. Im vorigen Jahr wurden gegen den Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion dem Haushalt des Auswärtigen Amtes 30.000 DM für die "Deutsche Atlantische Gesellschaft" eingefügt. Nach Verlautbarungen der Geschäftsführung der "Deutsche Atlantische Gesellschaft" sollten diese Mittel unter anderem dazu dienen, um NATO-Propaganda in den deutschen Auslandsschulen zu betreiben. Dieses mag als ein Beispiel für viele stehen, daß im Rahmen der Subventionierung "unabhängiger Privatorganisationen" sich Regierungs- und Partei-Propaganda der CDU mit Steuermitteln oft unbemerkt überschneiden. Es gibt eine Reihe von anderen Sachtiteln in verschiedenen Bundesministerien, so auch gerade im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, mit deren Hilfe gleichermaßen der Versuch unternommen wird, auf die öffentliche Meinung im Sinne der Bundesregierung einzuwirken.

Im vorigen Haushaltsjahr wurden rund 1,73 Millionen DM im Haushalt des Bundes-Presse- und Informationsamtes in Titeln für bestimmte Zwecke neu ausgebracht, die vorher aus Mitteln des "Reptilien-Fonds" gefördert wurden. Auch dieses diente der Bundesregierung nur wieder dazu, die öffentliche Meinung durch eine verschleierte Erhöhung der Mittel in den Griff zu bekommen.

Als seinerzeit das Bundes-Presse- und Informationsamt und die verschiedenen Propaganda-Fonds der Bundesministerien geschaffen wurden, wies man nicht zu Unrecht darauf hin, daß die Weimarer Republik auch durch die mangelnde Einsicht und durch das fehlende staatsbürgerliche Verständnis ihrer Bürger zerbrochen wurde. Inzwischen aber zeigt es sich, daß die Bundesregierung diese Propaganda-Millionen durchaus nicht nur dazu verwendet, aufklärend zu wirken und für das Verständnis der Staatsbürger für ihren Staat zu sorgen. Sie läßt vielmehr die notwendige erzieherische Absicht und die Aufklärung des Bürgers über die jeweiligen Staatsnotwendigkeiten immer mehr vermissen, während sie gleichzeitig mit den Propaganda-Millionen die öffentliche Meinung und die Instrumente der Meinungsbildung manipuliert, fesselt und in ein blindes Nachfolgeverhältnis zur Bundesregierung bringen will. Ein solcher Versuch widerspricht aber völlig der ursprünglichen richtigen Absicht, den Staatsbürger über die Regierungsarbeit zu unterrichten, um ihm Material für die eigene selbständige Entscheidung in die Hand zu geben.

Eine Aufklärung des Staatsbürgers über die Ordnung der Demokratie wie auch über die Aufgaben der Regierung im Interesse aller Staatsbürger ist dringend notwendig. Eine solche Aufklärung muß aber darauf gerichtet sein, eine selbständige verantwortliche Entscheidung der Staatsbürger zu ermöglichen. Sie sollte deshalb im Grenzgebiet der Volksbildung und der politischen Erziehung, nicht aber im Zwielficht der CDU-Partei-Propaganda mit Steuermitteln stehen. Man kann in diesem Zusammenhang nur mit Bestürzung feststellen, daß die Bundesregierung unablässig ihre Propaganda-Millionen erhöht, daß der Bundeszentrale für Heimatdienst aber demgegenüber nur 7,3 Millionen DM für ihre Sachaufgaben zur Verfügung stehen. Hieran zeigt sich nicht zuletzt, wie wenig der Bundesregierung an wirklicher politischer Bildung gelegen ist.

Das mangelnde Verständnis der Staatsbürger für die Ordnung der Demokratie ist mit ein Grund für den Zusammenbruch der Weimarer Republik gewesen. Doch die Gefahren für eine Demokratie kommen nicht immer aus der gleichen Richtung. Die hemmungslose Verwendung öffentlicher Mittel für Propaganda-Zwecke durch die Bundesregierung, die Verwischung der Grenzen zwischen Staatsgewalt und parlamentarischer absoluter Regierungsmehrheit können sehr wohl zu einer Knebelung der öffentlichen Meinung und zu einer politischen Korruption wichtiger Instrumente der Meinungsbildung führen. Auf diesem Wege ist sehr bald unsere jetzige Demokratie durch die Bundesregierung und durch die CDU in einem ihrer wichtigsten Bestandteile, in der Kontrolle durch die öffentliche Meinung, gefährlich bedroht. Man wird sich dieser Entwicklung bei den laufenden Haushaltsberatungen bewußt bleiben müssen, um das Ärgste zu verhüten.

Selbst das Grundrecht der freien Meinungsäußerung wird der Sache nach in Frage gestellt, wenn die Bundesregierung mit solchen unlauteren Mitteln jede von ihr abweichende Meinungsäußerung zu ersticken versucht.

+ + +